

Kollege T i e d t :

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nicht so viel zu Straßburg, mehr zu dem Thema des heutigen Anliegens, aber vor allen Dingen vielleicht hier das Bekenntnis, daß es für mich eine große Ehre war, in Straßburg unser Land und auch die Interessen der schöpferischen Kommunalpolitiker und Architekten zu vertreten. Dort fand als zweimal im Jahr stattfindende ständige Konferenz ein Kongreß statt zu dem Thema "Die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Städten - das Zusammenwirken der örtlichen Organe, der Architekten und der Bürgergemeinschaft". Und ich glaube, das trifft eigentlich das Thema unseres Generalbebauungsplanes genau auf den ~~Rxxx~~ Punkt. Auch die Tatsache, die von zahlreichen Referenten und Diskussionsrednern hier bekundet wurde, daß es eigentlich um die gesellschaftlich Position, um das Zusammenwirken geht.

Wir sind als Delegation vielleicht zunächst ein wenig exotisch empfangen worden: Die DDR nimmt auch teil! - Aber ich glaube, daß wir sehr fair eingeordnet worden sind als Beobachter- und Sondierungsdelegation und daß man das, was ich im Plenum darlegen durfte, ganz überraschend, eigentlich mit hoher Anerkennung und mit großem Interesse verfolgt hat. Wir waren also durchweg gesuchte Gesprächspartner, weil das Grundanliegen dieser Konferenz eigentlich so sozial~~x~~ ist wie unser sozialpolitisches Programm und die Grundaufgabe unseres Wohnungsbauprogramms. Und weil es sich dort im Europarat in ihren Ländern bereits erprobte, ich sag mal fachkundige Abgeordnete zur Aufgabe machen, für den in Westeuropa entstehenden Markt, der sich auch vergrößert um Finnland und weitere Beobachterdelegationen, einen Orientierungsrahmen zu finden.

Und ich glaube, es ist für unseren Verband und für unsere zentralen Stellen in der Auswertung sehr wichtig, daß man die Frage des Mitwirkens prüft, weil durchaus Kooperationsbereitschaft und Dialogbereitschaft besteht und weil man wirklich erkennt, daß in unserem Dokument "Grundsätze zur sozialistischen Entwicklung von Städtebau

und Architektur" viele Fragen in gleicher Weise dargelegt sind, wie das eigentlich von diesen für den normalen Stadtentwicklungsprozeß engagierten Abgeordneten betrieben wird.

Es haben also fast alle Verbände und insbesondere die Sektionen der UIA dort gewirkt, und Genosse Stoilow und Prof. Kücker (?) als Chef der Sektion I, Westeuropa, haben uns dort in sehr kommunikativer Weise in diesen ganzen Prozeß eingeführt.

Und wir haben dann auch mit teilgenommen an den Bestrebungen, all diesen Orientierungsraum, den Sie sich vorstellen als eine Städtebau-Charta(?) für Europa, sich über lange Jahre zu erstreiten, mit sehr differenzierten Bedingungen von Sizilien bis Holland oder der Schweiz, eben eine schwierige Aufgabe. (?)

Das Grundthema aber, die Verbesserung der Lebensbedingungen, ist eigentlich sehr mit unseren Dingen vergleichbar, vom Tragen der Gesellschaft und von jedem Einzelnen, dem Betroffenen, und unserem Wirken als Architekten.

Und da muß ich sagen: Zu unserem Heutigen Thema, glaube ich, daß ich keine Kritik habe an der sachlichen Analyse zum Generalbebauungsplan. Ich bin aber besorgt, wenn wir es so wenig engagiert betreiben in unseren zentralen Gremien, weil ich nicht glaube, daß wir bei allem, was Oberbürgermeister Dr. Langer und auch Kollege Brandstätter sagten, und auch bei all diesen Dingen, die gestern in der Parteiversammlung zum Ausdruck kamen, weiter kommen, wenn wir das nicht kämpferisch betreiben. Denn ich betrachte unseren Generalbebauungsplanungsprozeß aus unserer Situation in Gera als einer Stadt, die sich nicht so sehr von Karl-Marx-Stadt unterscheidet, eigentlich als eine Sache, die wir wohl mit großer Anstrengung aber mit weniger Kapazität, aber mit einigen echten Partnern jetzt bis Jahresende beschlußreif machen, zunächst einmal ehrlicherweise nur als einen Entschluß als Konsens der Verantwortung aller.

Ich habe ernste Sorgen, daß wir mit den mit Recht hier dargelegten Problemen mit dem Begriff "Die Schere geht auf zwischen dem, was wir an baulicher Leistung in unserem Land gegenwärtig verfügen können, indem wir uns der Stadt nähern mit all den Problemen anderer(?) Reproduktion als wir sie ~~xxx~~ jahrzehntelang betrieben haben", solche Erfolge erreichen, wie wir sie jetzt vor unseren Bürgern draußen eigentlich projizieren müssen. Ich nenne bewußt den Zusammenhang mit der Wahl 1989, die eine echte kommunalpolitische Diskussion wird.

Da muß man nicht nur unsere Städte über 100 000 Einwohner oder große Mittelstädte sehen, die mit den Mitteln der Platte zweifellos Probleme haben in der Frage, können wir so viel ausgliedern und abreißen - es ist überall unterschiedlich -, aber die mit den Mitteln unseres industriellen Wohnungsbaus zweifellos handlungsfähig sind. Und man muß sich entscheiden, auch gegen einiges. Aber dort gibt es Wege nach vorn. Ich sage also: Die Probleme liegen auch in den vielen Klein- und Mittelstädten etwa eines Bezirkes, wie Karl-Marx-Stadt, wo Einwohnerverlust einfach nicht zu übersehen ist und wo - und das ist ein Satz, der auf dieser Konferenz von anderen gesagt wurde - die Bürger mit den Füßen abstimmen, indem sie abwandern. Das sehen wir überall in unserem Land. Und ich meine, daß diese Frage in sehr wesentlicher Formulierung sehr deutlich gemacht worden ist.

Für mich liegen auch die Fragen des Bauens und des erfolgreichen Wirkens in unseren Städten unter der Erde und in einem viel höheren Maß in der Komplexität. Und ich würde dem Oberbürgermeister wirklich zustimmen: Diese Frage kann man derzeit nur durch einen übergroßen subjektiven kämpferischen Einsatz nach vorn bringen, weil man eines sagen muß: In den Städten, wo vor Ort den Bürgern Antworten gegeben werden müssen für die Erhaltung und den Neubau ~~e~~ von Wohnungen, wo daneben die Buden des Wirtschaftsrates sind, die kein Kombinat will in Berlin und die die Städte sich für Handwerker auch nicht auf die Nase binden lassen, damit werden am Schluß die Oberbürgermeister allein gelassen. Sie müssen das, was ^{wir} für die Wohnungserhaltung letztlich in jeder Planbilanz im Januar ausweisen, schon im März über Bord werfen. Das ist eine Situation, die in manchen Städten der Ohnmacht nahekommt, man kann auch sagen in vielen.

Und ich glaube, daß wir in der Frage, die hier mit Recht gestellt ist für uns als Verband, als Bundesvorstand, engagierter sein müssen. Wir müssen die Frage der Entwicklung unserer Bauleistungsbedingungen einplanen.

(Beifall)

Ich glaube auch, wir kommen nicht umhin, wenn wir Politik zum Wohle des Volkes in den 90er Jahren machen wollen, wenigstens in zahlreichen unserer Städte, müssen wir zum Wohle des Volkes Entscheidungen treffen, zu denen im Moment wenig Bereitschaft besteht, weil es schwierig ist. Aber wo Defizite sind, im Tiefbau und anderswo, müssen Handlungsfähigkeiten her, und wir brauchen deswegen nach meiner Auffassung Schritt um Schritt eine Veränderung unserer Städtebaupolitik. Und wir brauchen gewiss im Bauwesen - das ist auch gesagt worden - in Wissenschaft und Technik - wer mit Baugesinnung und auf Dauer wenig Erhaltungsaufwand bauen will, der muß auch mit ordentlichen Materialien arbeiten - auch mehr Engagement. Und diese Frage ist für uns eigentlich keine, die wir weiter verdrängen können, wir müssen an diese Frage herangehen, auch wenn es unbequem ist für den Einzelnen oder für den Verband.

Ich möchte auch in diesem Zusammenhang noch sagen, daß die grüne Wiese im Grunde aus ist. Ich habe in einer Stadt wie Gera, wo in der Innenstadt einiges weiter gebaut wird, als wesentliches Problem das Bauen - wenn man so will - in einer Kleinstadt bei der Stadt, unter dem ehemaligen Schloß. Dort wohnen Menschen, die sich auf den Friedhof tragen lassen wollen. Ich weiß auch, daß in solchen zwei- und dreigeschossigen Strukturen mit einigen feudalen alten Ruinen, die wir wieder für die Gesellschaft, für unser kulturelles Antlitz zurückgewinnen wollen, eine Menge Probleme bestehen, daß man den Menschen auch die Wahrheit sagen muß.

Ich stehe also zu vielen Fragen, die Rainer Krettek hier aufgeworfen hat. Man muß sich auch gegen etwas entscheiden, wenn man Handlungsfähigkeit nach vorn gewinnen will. Natürlich spreche ich nicht gegen Bautzen und solche Dinge, das sind Fragen der Verantwortung unserer Kulturpolitik. Da muß man aber auch entscheiden, wenn in Görlitz, die Nummer drei ist (?) in der DDR und schon kaputt, vielleicht sollte man nicht Bautzen erwähnen als Verantwortungspunkt. Ich meine aber, daß die These zwei, die Rainer Krettek hier vorgetragen hat, eine These der Begünstigten ist.

Wenn man also so hervorragende Positionierung hat in Karl-Marx-Stadt zwischen Oberbürgermeister mit dem Engagement des Genossen Lorenz, der bekannt ist in seiner Einflußnahme χ auf die Industrie, und mit der Tatsache, daß hier Industrieverwaltungen am Schalter sitzen und man Wege finden kann, dann ist das ein positives Beispiel. Für die Generalbebauungspläne für das Land aber, muß ich ehrlich sagen, sehe ich die Frage der Koordination von Wohnungsbau und Gewerbeveränderung, Verlagerung und von Mischungdurchsetzung und von Intensivierung der Flächennutzung als völlig ungelöst an, wenn wir nicht den Städten mehr Kompetenzen geben.

(Beifall)

Im Raum vor Ort ist keine Chance, Dinge von denen zu beeinflussen oder gar mitzubestimmen, die die Verantwortung vor den Menschen haben. Und ich meine, wenn Oberbürgermeister sich als Baudirektoren bewähren, dann zeigt das nur, ~~daß~~^{daß} alle wollen und daß wir meiner Ansicht nach unseren Regelungsmechanismus in diesem Sinne ändern müssen. - Danke.

(Starker Beifall)

Tagungsleiter Kollege Prof. H e n n :

Wir danken Kollegen Tiedt für seinen Beitrag und bitten Kollegen Pfau, das Wort zu nehmen.

Kollege P f a u :

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich freue mich sehr, daß ich als Gast heute hier sprechen darf. Eine Arbeitsgruppe des Instituts für Städtebau und Architektur ist vom Ministerium für Bauwesen beauftragt, den Prozeß der Arbeit an den Generalbebauungsplänen in den Büros der Stadt- und Bezirksarchitekten wissenschaftlich zu stützen, zu fördern und zum Erfahrungsaustausch zwischen den Städten beizutragen.

Das betrifft im Jahre 1988 bekanntlich 28 Städte und Stadtkreise, im Jahre 1989 27 weitere Städte mit mehr als 35 000 Einwohnern und im Jahre 1990 alle weiteren Kreisstädte und größeren kreisangehörigen Städte, für die jeweils Generalbebauungspläne zu erarbeiten sind und für die die Begutachtung vor allem in Form von Konsultationen durchzuführen ist.

Grundlagen für diese Arbeit sind die Richtlinien für die Generalbebauungsplanung für Städte vom 11. Februar 1988 und weitere wissenschaftliche Arbeitsergebnisse zur Sützung des Prozesses der Generalbebauungsplanung, wie die Studie des Instituts für Städtebau und Architektur "Städtebauliche Grundlagen für die langfristige intensive Entwicklung und Reproduktion der Städte" vom Juni 1988.